

„Pia – eine Schülerin geht streiken für das Klima“

Eine Fallstudie zu Partizipationsmöglichkeiten in der Demokratie

Oliver Schmiedl und Lukas Paul Meya

Zusammenfassung

Die Protestbewegung Fridays for Future, die sich seit dem Jahr 2018 ausgehend von den Klimastreiks der Schwedin Greta Thunberg weltweit entwickelte und etablierte, stellt die repräsentativen Demokratien vor eine Bewährungsprobe und regt zum Nachdenken über die Möglichkeiten der politischen Partizipation an. Die vorliegende Fallstudie wagt den Versuch, dieses kontroverse Thema in den Unterricht zu rücken, dabei aber weniger die Diskussionen über den Klimawandel (policy-Ebene) zu fokussieren, sondern nach juristischen und demokratietheoretischen Aspekten (polity- und politics-Ebene) der Partizipationsformen von Fridays for Future zu fragen.

Einleitung

Die Protestbewegung *Fridays for Future* (FFF), initiiert von der 16-jährigen Schwedin Greta Thunberg, hat klimapolitische Fragen in die vorderste Reihe der politischen Auseinandersetzung gerückt und zu einer bemerkenswerten Revitalisierung außerparlamentarischer Protestformen geführt. Das globale Problem Klimaerwärmung wird zum ersten Mal durch eine internationale Bewegung, die zuvorderst von SchülerInnen getragen wird, adressiert. Die Solidarisierung zahlreicher KlimawissenschaftlerInnen (FAZ vom 15.03.2019) und Prominenter und der signifikante Bedeutungszuwachs klimapolitischer Themen im öffentlichen Diskurs – sichtbar im deutschen Wahlausgang zum europäischen Parlament – führen die Wirkmächtigkeit der FFF beeindruckend vor Augen.



Lukas Paul Meya

arbeitet für das Berliner Unternehmen planpolitik an der Entwicklung digitaler Formate politischer Bildung, insbesondere Online-Planspiele.



Oliver Schmiedl

Gymnasiallehrer, Kooperative Gesamtschule „Ulrich von Hutten“
in Halle (Saale).

Auch abseits des Inhaltsfelds Umweltpolitik ist FFF in mehrfacher Hinsicht Chance wie Herausforderung für die politische Bildung. *Einerseits* treten die jungen DemonstrantInnen aus der politischen Passivität, setzen sich aktiv für die Lösung eines existentiellen gesellschaftlichen Problems ein und verwirklichen damit die zentrale Zielstellung der politischen Bildung: Sie handeln politisch. *Andererseits* vernachlässigen sie mit ihrem freitäglichen Schulstreik ihre Pflichten als SchülerInnen und stellen Lehrende und Eltern vor die Frage, wie damit umzugehen ist. Außerdem ruft der moralisierende, bedingungslose Impetus ihrer Appelle an die politischen EntscheidungsträgerInnen Unbehagen hervor: Das kompromisslose Eintreten ausschließlich für klimapolitische Ziele (*single-issue politics*) läuft wichtigen Strukturprinzipien der repräsentativen Demokratie, u.a. Interessensausgleich und Konsens, entgegen. Die FFF regen somit zur Reflexion über das Spannungsfeld von politischen Partizipationsformen, repräsentativer Demokratie und individuellen gesellschaftlichen Pflichten an.

Mit der Makromethode Fallstudie wird das an deutschen Schulen ohnehin präsente Thema FFF in seiner Kontroversität und Komplexität aufgegriffen. Die vorliegende Unterrichtsreihe zielt darauf, die politischen Handlungsstrategien von FFF zu systematisieren, zu reflektieren und zu bewerten. Anhand der fiktiven Schülerin Pia versucht sie, neben Analyse- und Urteilskompetenz auch zur Herausbildung von Partizipationskompetenz, zumindest in ihrer kognitiven Dimension, beizutragen.

1. Sachanalyse: Rechtliche und demokratietheoretische Aspekte der Partizipationsformen von FFF

Der Klimawandel und FFF bieten einen fruchtbaren Ansatzpunkt, um grundsätzliche Fragen politischer Willensbildung zu thematisieren. Angesichts eines sich ändernden Weltklimas, verstanden als gemeinsames, nicht-ausschließbares, aber endliches Gut, kommen nationale demokratische Systeme an ihre regulatorischen Grenzen und sind gleichzeitig verführt, sich als Trittbrettfahrer internationaler Klimapolitik ihrer Verantwortung zu entziehen (Nordhaus 2015). Dieses kollektive Handlungsproblem spitzt sich durch eine geographische wie auch generationale Entkopplung von Verursachern und Betroffenen der Klimakrise zu (Hagedorn et al. 2019). Das Leitmotiv der FFF ist jenes der unentschuldbaren Tatenlosigkeit gegenwärtiger Politik gegenüber der wissenschaftlich prognostizierten Klimakatastrophe (Thunberg 2019: 63).

Auch wenn generationalistische Argumente politische Sachverhalte oft entpolitisieren (White 2013), so legen sie im Fall von FFF die Finger in die Wunde repräsentativer Demokratie: Politische EntscheidungsträgerInnen sind *jetzigen* Wählerschaften und ihren Interessen verpflichtet. Während die positiven Effekte klimadienlicher Politik nicht unmittelbar spürbar sind, so ist dies für ihre negativen Aspekte – Verbrauchersteuern, Konsumverzicht, industriepolitische Transformationsprozesse etc. – der Fall. Strukturell, das heißt trotz aller Bemühungen der Verständigung und Aushandlung, existiert somit ein generationaler Interessenkonflikt. Die Stärke demokratisch kodifizierter Verfahrensweisen, die Verpflichtung politischer Entscheidungen auf den gleichwertigen Willen ihrer BürgerInnen, wird zum lähmenden Faktor in der Um-